



Sehr geehrte Damen und Herren,

was bewegt die Hauptstadt? Unser neuer Newsletter aus Berlin verrät Ihnen einige Antworten.

Zum einen hat der Bundesrat am vergangenen Freitag getagt. In diesem Newsletter stellen wir drei Plenarthemen vor, die sich beispielsweise mit den Fragen beschäftigen, wie und wann Deutschland klimaneutral wird oder wie ein Rechtsanspruch auf ganztägige Bildungs- und Betreuungsangebote für Grundschul Kinder eingerichtet werden kann.

Zum anderen bereiten wir uns auf ein sportliches Ereignis vor: In 11 Tagen, 5 Stunden und rund 30 Minuten startet die Fußball-EM. Das ist für uns die passende Gelegenheit, um über den hessischen Fußballsport, seine Leistungsfähigkeit und Zukunft zu diskutieren. Am 9. Juni, ab 18:30 Uhr, streamen wir live auf Social Media das Expertengespräch mit der ehemaligen Profifußballerin **Nia Künzer**, dem Vorstandssprecher der Eintracht Frankfurt, **Axel Hellmann** und dem Journalisten **Michael Horeni**.

Eine zweites hochkarätig besetztes Podium erwartet Sie am 11. Juni, ab 15:30 Uhr. Via Livestream übertragen wir bei YouTube und Twitter eine Diskussionsrunde mit mit der führenden Oppositionspolitikerin in Belarus, **Swetlana Tichanowskaja**, der Literaturnobelpreisträgerin **Swetlana Alexijewitsch** und dem hessisch-belarussische Regisseur **Aliaksei Paluyan**. Gebannt schaut ganz Europa auf den Konflikt zwischen dem autoritären Regime und der Demokratiebewegung in Belarus. Aliaksei Paluyan hat mit seinem Dokumentarfilm „Courage“ ein eindrucksvolles Portraits dieser Bewegung erstellt.



Sie wollen noch mehr erfahren? Kein Problem: Ausführlichere Informationen bietet Ihnen dieser Newsletter.

Mit freundlichen Grüßen,
Ihre

Lucia Puttrich
Staatsministerin

BUNDES RAT

Informationen zur Plenarsitzung 1005. Sitzung des Bundesrates am 28. Mai 2021



© Bundesrat | Henning Schacht

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zur ganztägigen Förderung von Kindern im Grundschulalter (Ganztagsförderungsgesetz)

In seiner Plenarsitzung am 28. Mai 2021 hat der Bundesrat im 1. Durchgang zu den Regierungsplänen für einen Anspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschul Kinder Stellung genommen. Die Länder machen in der von Hessen unterstützten Stellungnahme deutlich, dass sie die bisher vorgesehene Ausgestaltung der Finanzierung des neuen Anspruchs nicht für geeignet halten, den qualitativen und quantitativen Ausbau der Ganztagsbetreuung wirksam voranzutreiben. Um diesen Ausbau dauerhaft leisten zu können, sei eine auskömmliche und dauerhafte Beteiligung des Bundes an den laufenden Kosten zwingend erforderlich. Im weiteren Gesetzgebungsverfahren müssten die finanziellen Rahmenbedingungen der zu erwartenden Investitions- und Betriebskosten geklärt und die Förderquote des Bundes erhöht werden. Die Stellungnahme zeigt die Nachteile der im Gesetzentwurf vorgesehenen Staffelung der Fördermittel des Bundes in Basis-, Bonus- und Beschleunigungsmittel auf und verlangt, die abzuschließende Bund-Länder-Vereinbarung auf eine Grundsatzvereinbarung zum zweckentsprechenden Mitteleinsatz zu beschränken.



© Bundesrat | Henning Schacht

Worum geht es? Im Koalitionsvertrag des Bundes wurde zwischen CDU, CSU und SPD die Einführung eines Rechtsanspruches auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter bis 2025 vereinbart. Um diesen Rechtsanspruch zu verwirklichen, haben die Regierungsfractionen im Deutschen Bundestag das sogenannte Ganztagsförderungsgesetz eingebracht. Der Ausbau der Ganztagsbetreuung soll auch der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie der Stärkung von Bildungschancen und Bildungsgerechtigkeit Rechnung tragen.

Der Gesetzentwurf sieht vor, ein bedarfsunabhängigen Anspruch auf Förderung in einer Tageseinrichtung von mindestens 8 Stunden für jedes Kind ab der ersten Klassenstufe bis zum Beginn der fünften Klassenstufe einzuführen. Anspruchsberechtigt sind Kinder, die ab dem Schuljahr 2026/2027 die erste Klassenstufe besuchen. Stufenweise wird die Förderung auf die folgenden Klassenstufen ausgeweitet, sodass ab dem Schuljahr 2029/2030 allen Schulkindern der ersten bis vierten Klassenstufe einen Anspruch auf Förderung in einer Tageseinrichtung von mindestens 8 Stunden zusteht.

>>> [mehr dazu auf Bundesrat.de](https://www.bundesrat.de)



© Bundesrat | Henning Schacht

Gesetzentwurf der Bundesregierung Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Bundes-Klimaschutzgesetzes

Der Bundesrat hat sich in seiner 1005. Sitzung mit den Plänen der Bundesregierung für Änderungen am Klimaschutzgesetz befasst. Die Gesetzesnovelle ist notwendig, um den Beschluss des Bundesverfassungsgericht (BVerfG) vom 24. März 2021 umzusetzen. Das BVerfG hat entschieden, dass die maßgeblichen Vorgaben des geltenden Klimaschutzgesetzes mit den Grundrechten unvereinbar sind. Der Gesetzgeber wird demnach verpflichtet, die Fortschreibung der Minderungsziele für Zeiträume ab dem Jahr 2031 zu regeln. In der Begründung des BVerfG steht auch, dass Klimaschutzmaßnahmen, die gegenwärtig unterbleiben, in Zukunft unter möglicherweise noch ungünstigeren Bedingungen ergriffen werden müssten und dann Freiheitsbedürfnisse und -rechte weit drastischer beschneiden würden.

Deutschland soll nun bis zum Jahr 2030 mindestens 65 Prozent weniger Treibhausgase ausstoßen als im Jahr 1990. Bisher lag der Wert bei 55 Prozent. Bis 2040 sollen die CO₂-Emissionen um 88 Prozent fallen. Im Jahr 2045 und damit fünf Jahre früher als in der geltenden Gesetzesfassung soll die Klimaneutralität erreicht sein und nach 2050 soll Deutschland mehr Treibhausgase in natürlichen Senken einbinden als es ausstößt.

Mit der vorliegenden Novelle sollen auch die Klimaziele der EU umgesetzt werden, die formal noch nicht beschlossen, aber bereits ausgehandelt sind.

Im Bundesratsplenum erklärte die **Hessische Umweltministerin Priska Hinz**: "Es war dringend notwendig, die Ziele anzupassen, um eine Vollbremsung ab 2030 zu vermeiden. Es fehlen aber weiterhin die konkreten Maßnahmen, mit denen die gesteckten Ziele auch erreicht werden können und nur auf der Basis der vom Bund vorzusehenden konkreten Programme können auch wir als Länder unsere Ziele anpassen und unsere Maßnahmen nachsteuern."

>>> [zum Video](#)



© Bundesrat | Henning Schacht

Hessische Landesinitiative: Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung der Verschwiegenheitspflicht nach dem Börsengesetz

Frankfurt am Main ist der bedeutsamste Finanzhandelsplatz in Deutschland. Bei der Aufarbeitung des CumEx-Skandals fällt dem Finanzstandort eine wichtige Rolle zu. Die bisherige Aufarbeitung des Skandals hat gezeigt, dass die gegenwärtig im Börsengesetz vorgesehenen Verschwiegenheitspflichten das Ermitteln und Ahnden von Betrugsdelikten erschweren. Informationen dürfen nach geltender Gesetzeslage nur eingeschränkt an die Finanzbehörden weitergegeben werden. Die Gesetzesinitiative des Landes Hessens hat das Ziel, die materiellen Hürden für den Informationszugriff der Finanzbehörden abzusenken.

Das Plenum hat die Initiative zur weiteren Beratung in die Ausschüsse überweisen. Der Beschluss über die Einbringung des Gesetzentwurfes beim Deutschen Bundestag erfolgt voraussichtlich in der Bundesratssitzung am 25. Juni 2021.

Der hessische Gesetzentwurf wurde vom Hessischen Wirtschaftsministerium erarbeitet und wurde von **Staatsminister Tarek Al-Wazir** im Bundesratsplenum vorgestellt.

>>> [zum Video](#)

LESETIPP

Europaministerin trifft Botschafter des Staates Katar

21.05.2021

Lucia Puttrich: „Unterstütze Menschenrechtsengagement im Vorfeld der Fußball-Weltmeisterschaft“

Wiesbaden: In Vertretung des hessischen Ministerpräsidenten Volker Bouffier empfing Staatsministerin Lucia Puttrich heute den Botschafter des Staates Katar, S.E. Sheikh Abdulla Bin Mohammed bin Saud Al-Thani, in Wiesbaden. Das lang geplante Treffen fiel in eine Zeit, in der die Situation im Nahen Osten eskaliert. Staatsministerin Lucia Puttrich nutzte das Gespräch mit dem Botschafter, um ihrer Sorge über die aktuellen Ereignisse im Nahen Osten Ausdruck zu verleihen: „In Deutschland verfolgen wir mit großer Sorge die aktuelle Eskalation in den palästinensischen Gebieten und in Israel.“

>>> [weiterlesen](#)



© Staatskanzlei

VORSCHAU Veranstaltungstermine

Die Veranstaltungen können auf unserem YouTube Kanal [Hessen in Berlin und Europa](#) sowie bei Twitter unter [@EUBerlinEuropa](#) abgerufen werden.

09.06.2021

Sportland Hessen

"Hessen am Ball - die Zukunft des Fußballs nach der Pandemie"

ab 18:30 Uhr im Livestream

Für die Hessische Landesvertretung in Berlin ist die Fußball-EM der richtige Zeitpunkt, um über den Stand des Fußballsports, seine Leistungsfähigkeit und die Frage nach der Gleichberechtigung von Frauen- und Männerfußball zu sprechen. Und wie sieht es mit der Nachwuchsarbeit - überhaupt mit der Zukunft des Fußballsports aus?

Die ehemalige Profifußballerin **Nia Künzer** und der Vorstandssprecher der Eintracht Frankfurt, **Axel Hellmann**, werden mit dem Sportkorrespondent der F.A.Z. **Michael Horeni** über Chancen und Herausforderungen des Fußballs sprechen.

11.06.2021

ab 15:30 Uhr im Livestream

Hessen zeigt Kultur

„*Courage. Kunst und Demokratie in Belarus*“

Hochkarätige Podiumsdiskussion anlässlich der Premiere des Films „*Courage*“ bei der Berlinale

Der hessische Regisseur **Aliaksei Paluyan** hat mit seinem Dokumentarfilm „*Courage*“, der beim Berlinale Summer Special seine Deutschland-Premiere feiert, ein eindrückliches Portrait der Demokratie-Bewegung in Belarus gezeichnet. Im Mittelpunkt stehen drei Schauspielerinnen und Schauspieler, die schon seit Jahren mit ihren Theaterstücken für den gesellschaftlichen Wandel in ihrem Land streiten. Bei einer hochkarätig besetzten Diskussionsrunde anlässlich der Filmpremiere sind neben dem Regisseur die belarussische Oppositionspolitikerin **Swetlana Tichanowskaja**, die Literaturnobelpreisträgerin **Swetlana Alexijewitsch** sowie die Chefin von German Films, **Simone Baumann**, zu Gast in der Landesvertretung. Sie diskutieren über die Nachwirkungen der Proteste und die Rolle, die Kunst und Kultur in der politischen Auseinandersetzung spielen können.

Sollten Sie kein Interesse an unserem Newsletter haben, dann klicken Sie bitte auf folgenden [Abmeldelink](#). Ihre Daten werden danach bei uns gelöscht.

Korrekturen Ihrer Kontaktdaten können Sie gerne an veranstaltungen@lv.hessen.de senden.



Hessische Landesvertretung
In den Ministergärten 5
10117 Berlin
Telefon 030. 726 200 500
www.landesvertretung.hessen.de
www.stk.hessen.de

Parkplätze stehen leider nicht zur Verfügung.
Öffentliche Verkehrsmittel:
U2 & S-Bahn »Potsdamer Platz«, 2 Min.,
barrierefrei,
Fußweg über Ebertstraße Richtung
Brandenburger Tor.

Wir speichern auf Basis von Art. 6 Abs. 1 Buchst. e DSGVO Ihre Kontaktdaten, um Ihnen den Informationsdienst der Hessischen Landesvertretung zuzuschicken. Damit Sie diesen Newsletter auch zukünftig erhalten, speichern wir Ihre Daten dauerhaft, solange Sie der Speicherung Ihrer Daten nicht widersprechen.

Sie haben das Recht, von uns Auskunft über die bei uns zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten. Sie können der Speicherung widersprechen und haben das Recht auf Berichtigung, Sperrung/Einschränkung und Löschung Ihrer gespeicherten Daten.

Verantwortlich für die Datenverarbeitung ist die Hessische Landesvertretung, In den Ministergärten 5, 10117 Berlin, datenschutzbeauftragter@lv.hessen.de.

Sie können sich über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten bei der zuständigen Aufsichtsbehörde beschweren. Das ist der Hessische Datenschutzbeauftragte, Gustav-Stresemann-Ring 1, 65189 Wiesbaden.

Hessische Landesvertretung
In den Ministergärten 5
10117 Berlin

Hessen im Social Web:

